

Stellungnahme von Transparency International Deutschland e. V. zur

Aktualisierung der *Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*

Datum: 26.06.2018

Transparency Deutschland begrüßt, dass die Bundesregierung den Corruption Perception Index (CPI) als einen der Nachhaltigkeitsindikatoren in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen hat. Hiermit erkennt sie die zentrale Funktion von guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung an. Für Transparency Deutschland liegt der Schwerpunkt zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf der Förderung von Maßnahmen zu offener, inklusiver, verantwortungsvoller und wirksamer Regierungsführung, frei von Korruption und Bestechung, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene (Unterziel 16.5). Korruptionsbekämpfung ist als Schwerpunktthema zu verankern.

Transparency Deutschland begrüßt darüber hinaus die Intention der Bundesregierung, die Position Deutschlands in der Spitzengruppe der Länder im CPI auszubauen. Hierfür will die Bundesregierung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft weiter daran arbeiten, dass Integrität langfristig in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen wie Wirtschaft, Verwaltung, Sport und Politik gestärkt wird.

Um dies zu erreichen, sind konkrete Maßnahmen international wie national erforderlich.

International

Die Nachhaltigkeitsstrategie sieht vor, dass Deutschland die Themen Korruptionsbekämpfung und Integrität im Rahmen der G20 Präsidentschaft 2017 voranbringt. Tatsächlich konnten hier wichtige Vereinbarungen getroffen werden. So haben sich die G20-Staaten dazu verpflichtet, effektive, angemessene und abschreckende Regelungen für Korruption durch Unternehmen in den nationalen Rechtssystemen zu verankern. Das Thema Korruption im Sport, insbesondere bei den Bewerbungsverfahren größerer Sportereignisse, wurde ebenfalls in den Schlussdokumenten berücksichtigt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass internationale Großveranstaltungen auch im Bereich Sport immer Einfallstore für Korruption bieten. Schließlich wird durch das Zusammenführen von Naturschutz und Korruptionsbekämpfung beim Thema illegaler Handel von Wildtieren deutlich, dass ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit sich gegenseitig bedingen: Ohne eine effektive Korruptionsbekämpfung kann eine nachhaltige Entwicklung nicht erreicht werden.

Transparency Deutschland erhofft sich nun von der Bundesregierung, dass diese Impulse auch im Rahmen der Troika der G20 in Argentinien weitergegeben werden und dass die Umsetzung energisch vorangetrieben wird. Die Bundesregierung soll auf der internationalen Bühne darauf drängen, die getroffenen Beschlüsse effektiv und zeitnah umzusetzen.

Die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs – seien es die Armutsbekämpfung, Zugang zu Gesundheit und Bildung oder Umwelt und Naturschutz – hängt entscheidend davon ab,

wie stabil die entsprechenden Strukturen aufgebaut sind und inwiefern die Korruption in diesen Bereichen bekämpft wird. Ein integraler Bestandteil dieser Strukturen bildet die Zivilgesellschaft, die als „watchdog“ bei der Sensibilisierung und Eindämmung von Korruption eine große Rolle spielt. Daher ist eine informierte und teilhabende Zivilgesellschaft für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung unabdingbar. In vielen Ländern werden derzeit die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft von staatlichen Stellen gezielt reglementiert und weiter eingeschränkt. Somit sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, die 2030 Agenda und die Entwicklungsziele kritisch zu begleiten, an vielen Stellen gefährdet. Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft muss geschützt und es müssen über neue Räume nachgedacht werden, hierbei kann die Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag leisten. Vielversprechende Ansätze umfassen Multi-Stakeholder-Gruppen, einen verstärkten Politikdialog und die Förderung von Allianzen deutscher zivilgesellschaftlicher Gruppen mit ihren Partnern in Entwicklungsländern.

National

Transparency Deutschland fordert konkrete Maßnahmen und wirksame Regelungen auf nationaler Ebene insbesondere in den Bereichen Finanzwesen, Lobbyismus, Unternehmensverantwortung sowie Hinweisgeberschutz. Darüber hinaus darf im Rahmen der Open Government Partnership (OGP) nicht nur die Innovationskraft des Landes durch Open Data einseitig im Interesse der Wirtschaft gestärkt werden, vielmehr muss gleichzeitig die tatsächliche Verwaltungstransparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sowie gegenüber der Zivilgesellschaft erhöht werden.

- Finanzwesen

Spätestens seit den Panama Papers ist klar: Globalisierung und unzureichende Regulierung internationaler Finanzmärkte haben neue Möglichkeiten für Geldwäsche, Steuerhinterziehung und -vermeidung geschaffen. Die Intransparenz hat es Kriminellen und Korrupten ermöglicht, das System bequem und ohne große Gefahr für sich auszunutzen. Transparency Deutschland fordert daher einen effizienteren Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden sowie öffentliche und international zugängliche Register von wirtschaftlich Berechtigten. Im Zuge der sich zuspitzenden Entwicklung auf dem Immobilienmarkt in Deutschland und der Relevanz dieses Bereichs für die Geldwäsche ist darüber hinaus ein Immobilienregister, das Informationen über die tatsächlichen Eigentümer enthält, dringend erforderlich.

- Lobbyismus

Vertrauen in die politischen Akteure ist eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Dieses Vertrauen erfordert die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen. Dabei werden die Beschlusslagen immer komplexer und die Entscheidungsfindung somit intransparenter. Durch diese Entwicklung kann eine ausgewogene und faire Berücksichtigung von Interessen im politischen Prozess nicht mehr garantiert werden. Daher fordert Transparency Deutschland generell mehr Transparenz im politischen Lobbyismus. Nicht nur die Lobbyisten sollten ihre Interessen und Finanzen in einem verpflichtenden Lobbyregister offenlegen, auch die politische Seite muss in einem legislativen Fußabdruck öffentlich Bericht erstatten, wie diese Interessen in der Gesetzgebung berücksichtigt wurden. Darüber hinaus muss es einen politischen Austausch über den Lobbyismus geben, daher braucht es auch einen Lobbybeauftragten, der für den Bundestag und die Bundesregierung gleichermaßen zuständig sein und einmal im Jahr berichten soll.

- Unternehmensverantwortung

Transparency Deutschland fordert seit Langem, dass Bestechung durch Unternehmen härter bestraft werden muss. Denn Korruption verursacht langfristige wirtschaftliche Schäden, verhindert fairen Wettbewerb, vernichtet Arbeitsplätze, stört die notwendige Kreativität und gefährdet damit nachhaltiges Wirtschaften. Bislang können Unternehmen bei Rechtsverstößen lediglich nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) verurteilt werden. Transparency Deutschland fordert hingegen die Einführung eines ausgestalteten Unternehmensstrafrechts, das vom Opportunitätsprinzip Abstand nimmt und die Staatsanwälte verpflichtet, bei konkreten Fällen zu ermitteln. Die Verpflichtung der G20-Staaten, effektive, angemessene und abschreckende Regelungen für Korruption durch Unternehmen in den nationalen Rechtssystemen zu verankern, ist somit sehr zu begrüßen. Auch der Koalitionsvertrag sieht eine Reform der Unternehmenssanktionierung vor, eine effiziente und zielführende Ausgestaltung der Umsetzung muss nun von der Bundesregierung vorgenommen werden.

Antikorruption muss in der Nachhaltigkeitsstrategie auch im Rahmen der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt werden. Die in der Strategie aufgeführte Managementregel 6 behandelt beispielsweise den Strukturwandel in Deutschland, der „wirtschaftlich erfolgreich“ sowie „ökologisch und sozial verträglich“ gestaltet werden muss (S. 34). Transparency Deutschland fordert hierbei deutlich festzuhalten, dass „wirtschaftlich erfolgreich“ gleichzeitig eine Gestaltung ohne Korruption und unter Beachtung anderer Aspekte verantwortungsvoller Regierungsführung bedeuten muss.

- Hinweisgeberschutz

Hinweisgeber sind bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen und Straftaten in Verwaltung, Wirtschaft und anderen Organisationen unverzichtbar. In Deutschland gibt es dennoch keinen effektiven Schutz für Hinweisgeber. Stattdessen haben diese in vielen Fällen mit arbeitsbeziehungsweise strafrechtlichen Konsequenzen oder anderen Nachteilen zu rechnen. Die EU-Richtlinie über den Schutz von Geschäftsgeheimnissen (2016/943) vom 8. Juni 2016 sieht vor, den strafrechtlichen Schutz von Geschäfts- oder Dienstgeheimnissen zu lockern und die Offenbarung rechtswidriger Geheimnisse zu entkriminalisieren. Aufgrund des unzureichenden gesetzlichen Schutzes für Hinweisgeber konnte Deutschland beispielsweise das Zivilrechtsübereinkommen über Korruption des Europarates noch nicht ratifizieren.

- Open Government Partnership (OGP)

Transparency Deutschland begrüßt die Teilnahme Deutschlands am OGP Prozess. Mehr Transparenz im Verwaltungshandeln ist ein wichtiger Schritt für mehr Vertrauen in die politischen Institutionen. Transparency Deutschland fordert angesichts der positiven Erfahrungen die Weiterentwicklung bestehender Informationsfreiheitsgesetze und die flächendeckende Einführung von Transparenzgesetzen auf Bundes- und Landesebene. Die Evaluation des Transparenzgesetzes in Hamburg zeigt, dass ein Transparenzportal funktioniert und von Seiten der Bevölkerung und der Verwaltung selbst angenommen wird. Da es sich bei Korruption um eine verdeckte Straftat handelt, fördert die Zugänglichkeit und Transparenz von Verwaltungsinformationen die Korruptionsprävention und -bekämpfung. Daher soll die Zielsetzung der Transparenz der Daten nicht rein wirtschaftlich definiert sein, sondern den Informationsbedarf der Bürgerinnen und Bürger decken und insbesondere in korruptionskritischen Bereichen (u.a. Vergabe) dafür sorgen, dass Korruption effektiv bekämpft werden kann.